
FORUM: Sozialismus-Debatte

Detlef Hensche:
„Der Sozialismus geht" -was kommt?
Lehren aus dem Niedergang

Dr, Detlef Hensche, geb. 1938, Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, war Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB, Leiter der Abt. Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand und ist stellv. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Medien.

Der Zusammenbruch des Sozialismus in den östlichen Nachbarländern wird weitreichende Folgen haben.

Unternehmer und konservative Politiker triumphieren. „Marx ist tot, Jesus lebt", brach es fast hymnisch aus Norbert Blüm heraus. Jedenfalls lebt die Deutsche Bank. Und mit ihr einige andere Konzerne, denen neue Märkte winken, und die sich auf Eroberungszüge gen Osten vorbereiten.

Auch für die Gewerkschaften ergeben sich Schlußfolgerungen. Die Debatte ist im Gange, seit Dieter Wunder (GMH 12/89) empfohlen hat, das gewerkschaftliche Selbstverständnis zu überdenken und die Vorstellung einer alternativen Gesellschaftsordnung jenseits des Kapitalismus aufzugeben. Karlheinz Blessing (GMH 1/90) sieht sich dagegen aus der Sicht des demokratischen Sozialisten durch die jüngste Entwicklung bestätigt: Die Wirklichkeit dränge zum demokratischen Sozialismus. Eine grundsätzliche Revision, zumindest der gewerkschaftlichen Praxis, klagt umgekehrt Norbert Römer ein (GMH 4/90). Alle antimarktwirtschaftlichen Konzepte seien gescheitert. Partnerschaft durch Mitbestimmung und Mitverantwortung sei vielmehr die Devise. Im übrigen scheint es ihm vorrangig darum zu gehen, frühere Auseinandersetzungen über antikommunistisch motivierte Ausgrenzungsversuche wieder aufleben zu lassen.

Endstation Kapitalismus?

Was die gewerkschaftliche Programmatik angeht, so ist sie aus mancherlei Gründen ergänzungs- und korrekturbedürftig. Auch gibt der Umstand, daß der reale Sozialismus niedergeht beziehungsweise sich radikal verändert, manchen Denkanstoß. Doch ein Abschied von antikapitalistischen Zielen ist keineswegs geboten.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Zweifellos haben die Gewerkschaften in erster Linie die Interessen ihrer Mitglieder innerhalb des vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmens zu vertreten. Doch selbst die alltägliche Interessenwahrnehmung gewinnt Überzeugungs- und Durchsetzungskraft aus

weiter gesteckten politischen Perspektiven. Ohne diese bliebe es bei gewerkschaftlicher Handwerkelei, die keine politische Orientierung vermitteln könnte.

Folgerichtig enthalten die gewerkschaftlichen Programme auch Elemente antikapitalistischen Charakters. Das Grundsatzprogramm des DGB bekennt sich zum Beispiel zur Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum, zur Investitionslenkung, zum Ausbau des öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektors und zur gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung.

Solche und andere Bestandteile einer antikapitalistischen Perspektive sind nicht deshalb entwickelt worden, weil es im Osten so schön war und weil den Gewerkschaften seinerzeit der reale Sozialismus Vorbild gewesen wäre. Ihre Wurzeln sind vielmehr Einsichten in Gesetzmäßigkeiten und Folgen des realen Kapitalismus. Und der ist nicht sozialer und menschlicher geworden, seit der Sozialismus untergeht.

Einsichten in den realen Kapitalismus

Das hohe Lied von der Marktwirtschaft ist zum Beispiel in wichtigen Sektoren pure Ideologie. Wo Monopole herrschen oder der Wettbewerb aus anderen Gründen ausgeschaltet wurde, ist es Unfug, von Marktwirtschaft zu reden. Hier bedarf es anderer Kontrollen. Oder: Privatwirtschaftlich agierende Unternehmer müssen Gewinne machen und dazu unter anderem Kosten senken - bei Strafe ihres Untergangs. Das kann, als Peitsche der betriebswirtschaftlichen Rationalität, technischen Fortschritt, Produktivität und Lernfähigkeit antreiben. Doch dafür ist, etwa in Gestalt volkswirtschaftlicher Schäden wie Arbeitslosigkeit und Armut oder der Zerstörung der Umwelt, ein hoher Preis zu bezahlen. Wenn Blessing den Warencharakter der Arbeitskraft für „weitgehend“ überwunden hält, so eilt er seiner Zeit voraus; so weit ist die Wirklichkeit wohl noch nicht zum demokratischen Sozialismus gedrungen.

Natürlich erscheint die Bundesrepublik im internationalen Vergleich trotz aller Schäden und Fehlentwicklungen immer noch im hellen Wohlstandslicht. Doch zum wirklichkeitsgetreuen Bild des Kapitalismus gehört nicht nur die vielfach verdrängte Not hierzulande, sondern auch die Lage in Nachbarschaft und Hinterhof. Schon die aktuelle Entwicklung Großbritanniens weckt Zweifel an der dauerhaften Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Systems. Erst recht wird man von Illusionen Abschied nehmen müssen, wenn man die südliche Peripherie Europas oder gar die Länder der sogenannten dritten Welt in die Betrachtung mit einbezieht.

Der in der Bundesrepublik aufgehäufte Reichtum, der auch unseren relativen Wohlstand möglich macht, beruht nicht zuletzt auf der Verlagerung sozialer Probleme ins Ausland: in Form permanenter Exportüberschüsse und der systematischen Ausbeutung unterentwickelter Völker. Abhängigkeit, Not

und Elend dieser Völker haben sich in den letzten Jahren verschärft. Unter diesem Gesichtspunkt wirken konservativer Siegestaumel über den Erfolg des Kapitalismus zynisch und partnerschaftlicher Burgfrieden einäugig.

Auf diesem Feld sind Ziele und Engagement der Gewerkschaften fortzuentwickeln. Es wäre schlimm, wenn die deutschen Gewerkschaften den Weg der satten Selbstzufriedenheit und internationalen Abkapselung gehen und sich von der Pflicht zur weltweiten Umverteilung des Reichtums und zum Wiederaufbau zerstörter Regionen verabschieden würden.

Blessing erwähnt zu Recht noch andere Sektoren programmatischen Nachholbedarfs, wie Frauengleichstellung und Ökologie. Die Durchsetzung und Sicherung individueller Freiräume und die Fortentwicklung der Demokratie kennzeichnen ein weiteres Feld.

Doch solche programmatische Neubesinnung folgt aus anderen Entwicklungen als dem Niedergang des realen Sozialismus. Und sie erfordert Antworten, die den Verwertungsinteressen des Kapitals zuwiderlaufen und durch partnerschaftliche Mitverantwortung nicht zu erreichen sind.

Keine Grundlagen für Partnerschaft

Sicher erklärt der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht alles. Auch ist das Kapital-Verhältnis allein durch die Begriffe Macht und Ohnmacht, Reichtum und Elend nicht zutreffend beschrieben. Man muß sich vor dogmatischer Blickverengung hüten, die Widersprüche und widersprüchliche Entwicklungslinien ausblendet. Auch in kapitalistisch geprägten Verhältnissen sind Freiräume, begrenzter Fortschritt, Zonen demokratischer Beteiligung möglich. Sie gilt es auszubauen; einzelne Zugeständnisse sind zu verallgemeinern; Bruchstellen und immanente Widersprüche müssen immer wieder genutzt werden.

Aber all dies ändert nichts an dem Grundtatbestand, daß uns sozialer Fortschritt nicht geschenkt wird. Immer wieder waren und sind Kämpfe vonnöten, um den Unternehmern ein Mindestmaß an sozialem Schutz abzurufen und um das Erreichte zu verteidigen. Bei alledem darf übrigens nicht vergessen werden, daß wir manche Bestandteile der „sozialen Marktwirtschaft“ auch der vergangenen Systemkonkurrenz verdanken, die im Grenzland des kapitalistischen Westens soziale Zugeständnisse gefördert hat.

Die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Kampfes hat sich bis auf unsere Tage nicht geändert. Das schließt Verhandlungen und punktuellen Konsens nicht aus. Alternativ-Denken nach dem Prinzip: Konflikt oder Kooperation ist Unfug.

Doch die Annahme einer die Gesellschaft prägende Sozialpartnerschaft setzt gleiche Ausgangsbedingungen und gleiche Machtverteilung voraus. Fehlen sie, kann es keine Partnerschaft geben. Und dies kennzeichnet nun einmal die soziale Wirklichkeit in der Bundesrepublik. Selbst die gleiche Sitz-

Verteilung im Aufsichtsrat ist für sich genommen nicht imstande, die prinzipielle Überlegenheit derer aufzuheben, die tagtäglich über Investitionen, Kapitalverwendung, Produktaufgabe etc. verfügen. Von anderen wirtschaftlich und rechtlich bedingten Diskriminierungen ganz zu schweigen, wie etwa dem mangelhaften arbeitsrechtlichen Schutz, der Aussperrung, den Schranken der Betriebsratsarbeit, der Arbeitslosigkeit...

Anlaß zum Nachdenken

Dennoch kommen wir nicht umhin, Elemente des traditionellen gewerkschaftlichen Selbstverständnisses selbstkritisch auf den Prüfstand zu stellen. Dazu ist es notwendig, über die Ursachen des Niedergangs des Sozialismus nachzudenken. Unzweifelhaft gibt es zur Erklärung des Stalinismus historische Besonderheiten, wie namentlich die vorangegangene russische Geschichte, der unterentwickelte Zustand des zaristischen Reichs zur Zeit der Revolution, die existenziellen Gefährdungen infolge der politischen Isolation, der militärischen Intervention und des Zweiten Weltkrieges. Doch sie erklären nicht alles. Andere Wurzeln reichen bis in die Zeit vor 1917 zurück und haben auch andernorts Früchte getragen.

Die Arbeiterbewegung war mit Vorrang auf die Macht im Staat und in der Wirtschaft fixiert. Kein Wunder, da man es täglich mit dieser Macht zu tun hatte und hat. Das fördert spezifische Kampftugenden wie Geschlossenheit, Solidarität, Disziplin und Folgebereitschaft - Tugenden, die etwa im Arbeitskampf unverzichtbar sind. Diese Orientierung verführt zugleich zu der Vorstellung: Hat man erst die Macht in Staat und Wirtschaft errungen und gewisse strukturelle Vorkehrungen getroffen, wie etwa die Sozialisierung der Produktionsmittel, und kommen dann noch die Elektrifizierung und später die Schwerindustrie, der Automobilbau. . . hinzu und wird alles fürsorglich weitblickend von Funktionären und Beamten fürs Volk verwaltet - dann muß doch bald der Sozialismus erfüllt sein!

Die unheimliche Nähe zur Bürokratisierung

Politische Vorstellungen wie die vorstehend benannten haben die Eigenschaft, sich zu verselbständigen. Wo Solidarität zum Hütehund verkommt, wo Geschlossenheit zum Fetisch und Disziplin zum Selbstzweck erstarren, da gedeihen Zentralismus und Bürokratie. Da wird Macht, als demokratische Gegenmacht gegen die Macht des Kapitals entwickelt, zum Mittel der Disziplinierung; sei es durch Verkündigung ewiger Wahrheiten, wo Streit und wissenschaftlicher Zweifel am Platz wären, sei es durch Ausgrenzung, Ausschließung, Gängelung, Intoleranz.

„Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Land, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktaturen unterstützt hat,“ schrieb Rosa Luxemburg schon 1918 den bolschewistischen Revolutionären ins Stammbuch¹.

¹ Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, Ges. Werke, Bd. IV, Berlin 1983, S. 363.

Eine demokratische Bewegung, die den ganzen Reichtum, all das, was Natur und Arbeit zuwege bringen, entfalten will, ohne zu erstarren; die will, daß der Reichtum allen Menschen in gleicher Weise zuteil wird, ohne Zurücksetzung, Ausgrenzung, und Diskriminierung, die allen Menschen die gleichen Chancen einer höchstmöglichen Entwicklung ihrer eigenen Persönlichkeit, ihrer Anlagen, ihrer Phantasie und Kreativität sichern will - eine solche Bewegung muß selbst vielgestaltig, reich an Quellen produktiver Phantasie und demokratisch sein; sie muß den ganzen Menschen erfassen.

Die Tendenz zur Interessenverwaltung

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es geht nicht um Parallelen zum Stalinismus. Aber die bürokratischen und zentralistischen Wurzeln - sind uns die so fremd?

Eine unserer zentralen Reformforderungen ist die Mitbestimmung. Wir konzentrieren uns dabei auf Betriebs- und Personalräte und auf die Mitwirkung im Aufsichtsrat. Es ist noch nicht lange her, da erblickten viele Gewerkschafter zum Beispiel in der Mitbestimmung am Arbeitsplatz eine geschickt ausgelegte Leimrute der Unternehmer. Inzwischen sieht der DGB das anders.

Doch damit ist die Dominanz des Repräsentations- und Stellvertreter-Systems noch nicht überwunden. Betriebsräte und Aufsichtsratsmitglieder arbeiten zudem unter zahlreichen gesetzlichen Einschränkungen, wie Verschwiegenheitspflicht, Friedenspflicht, Verpflichtung zu Neutralität und zur Wahrung des Betriebs- und Unternehmenswohls. Die Versuchung ist immer wieder groß, sein Amt *für* die Kollegen einzusetzen, *für* sie zu handeln und zu verhandeln - in bester Absicht, versteht sich -, nicht jedoch *mit* ihnen zu handeln und zu kämpfen.

Es ist bezeichnend, daß Römer unter den Bedingungen von Partnerschaft und Mitbestimmung mit Vorrang „die Befähigung der handelnden Personen in den Gewerkschaften“, die „Kompetenz ihrer Funktionäre“ nennt. Nach der Devise: Der qualifizierte Funktionär der Gewerkschaft, der kompetente Betriebs- und Aufsichtsrat wird es schon richten; er weiß, wo es langgeht. Mit Verlaub - ohne die gleichlaufende Qualifikation und Information der Mitglieder, ohne deren ständige demokratische Beteiligung und Kontrolle, ja ohne autonome Entscheidungsspielräume der Mitglieder oder der Belegschaften, ihre Interessen und Ziele zu artikulieren, neigt die Kompetenz des Funktionärs dazu, sich zu verselbständigen und abzuschotten. Manchmal entwickelt sie sich so erfolgreich fort, daß sich ihr Träger unversehens im anderen Lager wiederfindet - im Extremfall gar in Untersuchungshaft.

Von der Verselbständigung der Vorstände

Um ein Beispiel in Erinnerung zu rufen: Der Skandal um die Neue Heimat ist nicht nur das Werk einiger Manager, sondern offenbar zugleich ein empfindliches Defizit an demokratischer Kontrolle.

Abgeschottete Kompetenz reagiert allergisch auf Kritik. Wer etwa eine kritische Diskussion über die Arbeit einzelner Funktionäre im Betriebsrat, im Ortsvereins- oder Bezirksvorstand anzettelt, sieht sich schnell dem Vorwurf der Schwächung ausgesetzt. Lachender Dritter sei der Unternehmer. Im Interesse der Einheit und Geschlossenheit habe daher Disziplin zu gelten. So wurde bis vor kurzem die Aufstellung konkurrierender Listen zur Betriebsratswahl mit Ausschlußverfahren geahndet.

Wir müssen umgekehrt Kritik und Vielfalt nicht nur ertragen lernen, sondern als produktive Bereicherung annehmen. Voraussetzung ist Toleranz. Römer erinnert an die unsinnigen Versuche, im Zeichen des Antikommunismus Andersdenkende auszugrenzen und will sie offenkundig wieder aufleben lassen. Keine real-sozialistische Bürokratie und Illiberalität im Osten rechtfertigen hierzulande Ausgrenzung und Intoleranz. Im Grunde praktiziert Römer selbst mit Eifer, was er zu bekämpfen vorgibt. Nicht inhaltliche Kontroversen stellt er in den Vordergrund, sondern die Frage: Wer wurde mit wem gesehen? Die Inquisition und ihre staatlichen Nachfolgeämter hätten ihre Freude.

Vielfalt und Demokratie

Und da wundern wir uns, warum die Ausstrahlungskraft der Gewerkschaften auf Angestellte und sogenannte „neue Arbeitnehmer“ immer noch zu wünschen übrig läßt? Hier kommen ohnehin neue und härtere Prüfsteine unserer Glaubwürdigkeit auf uns zu. Frühere Generationen waren noch stärker eingebunden in überlieferte Werte, die Leben und Arbeit prägten. Heute sind berufliche Entwicklung, private Lebensentwürfe vielgestaltiger, wechselhafter, weniger von traditionellen Normen und Rollen geprägt. Für Menschen unserer Tage, die auf Eigenständigkeit und Mündigkeit bedacht sind, klingt der Appell an Solidarität und Folgebereitschaft wie eine hohle Phrase, wenn die Gewerkschaften nicht in den eigenen Reihen mehr Vielfalt, mehr Plattformen zum Mitmachen, mehr unmittelbare demokratische Mitgestaltung fördern.

Das Verlangen nach Autonomie und Mitgestaltung muß auch in der inhaltlichen Arbeit der Gewerkschaft seinen Niederschlag finden, in der Tarifpolitik wie in der Betriebsarbeit. Von der Wiederentdeckung des Verlangens nach „Mitbestimmung am Arbeitsplatz“ war bereits die Rede. Der sogenannte neue Arbeitnehmer wird sich je länger je mehr nicht nur darauf verlassen, daß andere für ihn das Richtige tun. Wir müssen unmittelbare und individuelle Mitsprachemöglichkeiten durchsetzen. Das bezieht sich auf die Produktion, ihren Inhalt und ihre Folgen in gleicher Weise wie auf Fragen etwa des Gesundheitsschutzes, des Umweltschutzes, der Arbeitsorganisation, des Datenschutzes. Selbständiges Denken sollte nicht nur in Qualitätszirkeln für Rationalisierungszwecke des Betriebes instrumentalisiert werden.

Vielfältige Lebensgestaltung verlangt schließlich mehr Freiräume für individuelle Lebensentwürfe. Tarifforderungen der jüngsten Zeit, die beispiels-

weise das Recht auf vorübergehenden Wechsel in Teilzeitarbeit, das Recht auf Freistellung und ähnliches propagieren, versuchen eine Antwort zu geben.

Mehr produktive Phantasie für alternative Ziele und Inhalte

Der Sowjetunion wird zum Vorwurf gemacht, daß sie sich in Zielen und Inhalten der Produktion in eine aussichtslose Aufholjagd zu den führenden kapitalistischen Ländern hat drängen lassen und dabei deren Produktion im wesentlichen kopierte - mit allen negativen Begleiterscheinungen. Auch wenn man bedenkt, daß es Jahrzehnte lang, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, ums nackte Überleben ging und folglich anderes im Vordergrund stand, so sind inzwischen wiederum 45 Jahre vergangen. Wo ist die inhaltliche Alternative? Im Städtebau, im Verkehrswesen, im Zusammenleben der Generationen, im Erziehungswesen, in der Medienvielfalt...?

Und wir? Welchen Anstoß für menschenwürdiges Wohnen und Leben haben wir zum Beispiel über die Neue Heimat erbracht, nachdem die erste Wohnungsnot überwunden war? Wo waren Modelle der Mieterbeteiligung, des kommunikativen Wohnens, der Integration unterschiedlicher Generationen und Nationalitäten? Haben wir, abgesehen von tastenden Versuchen zur Rüstungskonversion, politische Phantasie für alternatives Wirtschaften gefördert? Selbst der Umweltschutz ist von Bürgerinitiativen, von Alternativen und den Grünen energischer vorangetrieben worden als von den Gewerkschaften, obwohl doch bei Engels schon vieles nachzulesen war.

Das Proletariat als handelndes Subjekt?

Nach kommunistischer Doktrin ist die Arbeiterklasse das handelnde Subjekt. Mißt man es an den Früchten, etwa hinsichtlich der Rolle der Frau im Sozialismus, so muß das Proletariat vorwiegend aus Männern bestanden haben. Doch auch unsere Tarifpolitik orientierte sich noch bis in diese Tage mit Vorrang an Bedürfnissen und Rollenzuweisung des männlichen Facharbeiters, ungeachtet rühmlicher Ausnahmen und neuer Anstöße. Und wie steht es um die faktische Gleichstellung der Frau in den Gewerkschaften?

Das Politbüro der SED bestand aus Greisen, die den Kontakt zur Wirklichkeit verloren hatten. Erwecken wir immer den Eindruck, jünger zu sein, voller Zukunftsoffenheit und Modernität, wenn man etwa an Halbherzigkeiten in Sachen Frieden und Umwelt oder an das mühselige Ringen um Frauenförderpläne oder gar um Quotierung denkt?

Noch ein Wort zum Leitbild des Proletariats: Mittlerweile sind die Differenzierungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft in aller Munde. Die Gewerkschaften müssen sich für neue Arbeitnehmergruppen öffnen, hört man auf jedem Kongreß. Das muß dann aber auch heißen, zu einem unverkrampften Umgang mit anderen Bewegungen, Gruppen, auch mit Künstlern und Intellektuellen zu finden. Den Glauben in die allseitige und alleinige Kompetenz der

eigenen Organisation gilt es in Frage zu stellen. Die Vielfalt ähnlich orientierter Bewegungen kann auch ein Gegenmachtfaktor sein.

Proletkult und Intellektuellenvorbehalte haben eine lange Tradition, auch bei uns. Dabei wissen wir spätestens seit Gramsci, daß nicht allein der starke Arm des Arbeiters, sondern ebenso die öffentliche Meinung, die kulturelle Hegemonie über die eigene Durchsetzungskraft entscheiden.

Genug der Beispiele. Kapitalismus-Kritik ist nicht überholt. Hier gibt es nichts zurückzunehmen. Doch über unsere Praxis und unser Selbstverständnis, die innergewerkschaftliche Demokratie, die Offenheit gegenüber der Vielfalt der Arbeitnehmer, gegenüber demokratischen Bewegungen und außenstehenden Gruppen gilt es nachzusinnen. Anforderungen dieser Art sind durchaus nicht neu. Sie erhalten jedoch im Lichte des Scheiterns des bürokratischen Sozialismus neues Gewicht und Aktualität.

Wer für eine demokratische Gesellschaft, wer für eine Welt der höchstmöglichen Entfaltung des natürlichen und menschlichen Reichtums für alle kämpft, muß selbst auf dem Weg in diese Zukunft nach denselben Prinzipien leben und sie in den eigenen Reihen verwirklichen und darf die Mitglieder nicht auf ein fernes Ziel vertrösten.